

Es hat nichts mit Arroganz zu tun

Ratsherr Jochen Otto antwortet auf den Leserbrief von Lothar Kirchner „Bürger hat nichts zu entscheiden“ (RN v. 4.12.):

Damit Herr Kirchner nichts Falsches in sein „goldenes Buch“ schreibt, möchte ich ihm Folgendes mit auf den Weg geben:

1. Dass sich die Väter und Mütter unserer Verfassung bei der Gründung der Bundesrepublik für ein repräsentatives Demokratiemodell entschieden haben, hatte sehr gute Gründe. Der Bürger überträgt Entscheidungsverantwortung für eine bestimmte Zeit an von ihm gewählte Volksvertreter. (...) Persönlich bin ich zutiefst davon überzeugt, dass eine Gesellschaft, in der Konflikte (...) „auf der Straße“ ausgefochten werden, auf Dauer zerbricht.

2. Im Rahmen des Trianel-Verfahrens haben Rat und Bürgermeister am 4. 5. 2006 einen einstimmigen Beschluss zur Beteiligung der Stadtwerke (...) gefasst. Die von den Bürgern gewählten Volksvertreter waren hier al-

so einstimmig von der Richtigkeit ihrer Entscheidung überzeugt. (...)

3. Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Bürger-Beteiligung fand vom 28. 8. bis 6.9 2007 der Erörterungstermin im Hansesaal statt. Alle Anregungen und Bedenken konnten zur Sprache gebracht werden. Die Bezirksregierung als Entscheidungsorgan hat diese aufzunehmen und zu bewerten.

4. Man kann als Bürger beklagen, dass in unserer repräsentativen Demokratie nicht für alle Fälle eine direkte Abstimmung des Volkes vorgesehen ist. Es hat aber nichts mit „Arroganz“ zu tun, wenn man eine „freiwillige Bürgerbefragung“ für „sinnlos“ erklärt, weil es keine demokratische Legitimation dafür gibt. Sollen wir Geld für „Nichts“ aus dem Fenster werfen?(...).

Auch wenn sich alle Bürger einer Stadt auf Befragung für die Abschaffung der Steuern aussprechen, hätte das keine entsprechenden Folgen, weil „das Volk“ darüber und auch über manch andere Konflikte nicht zu entscheiden hat. Das sind die Spielregeln. Und das ist auch gut so. Das sage ich als zutiefst überzeugter Demokrat, ohne damit „die Bür-

ger“ als unfähig o.ä. betrachten zu wollen. (...) Das – sehr geehrter Herr Kirchner – ist meine kleine „Denkhilfe“. Und nebenbei bemerkt sind auch alle Ratsmitglieder Bürger dieser Stadt und von allen Entscheidungen genauso betroffen wie Sie.

▪ **Heinz-Joachim Otto**
Luisenstr. 6

Verbuchen als Fehlinvestition

Leserbrief zum Artikel „Trianel: schon 70 Millionen Euro investiert“ (RN vom 5.12.):

Wenn Trianel in Zeiten von Erderwärmung und Klimawandel 70 000 000 Euro – was im Detail zu belegen wäre, denn der Bürger misstraut! – in veraltete, klimaschädliche Technologien investiert, die das Fortschreiten des Klimawandels in höchstem Maße fördern, kann sich Trianel nicht auf den Vertrauensschutz berufen. Dem Gesetzgeber bleibt eigentlich keine andere Wahl, als umgehend mit Gesetzen den Kraftwerks-wildwuchs zu stoppen, und das ohne Rückwirkungsverbot! Denn die Folgekosten, die wir zu tragen haben, die



Die einen wollen, dass das Trianel-Kraftwerk (Zeichnung) gebaut wird, die anderen befürchten es.

ohne Abkehr von den klimaschädlichen Technologien exponentiell wachsen werden, sind jetzt schon horrend. Z.B. schätzt Oxfam, dass die An-

passung an den Klimawandel in Entwicklungsländern mindestens 50 Mrd. US-Dollar jährlich kosten wird; Kosten, die wir als Hauptverursacher hauptanteilig mitzutragen haben. Die öffentliche Entwicklungshilfe wird 2008 aufgestockt. Und letzten Endes werden die Folgekosten an die Kommunen durchgereicht. Die 70 000 000 Euro sollten bei Trianel vor dem Hintergrund des allgemeinen Unternehmensrisikos als Fehlinvestition verbucht werden und zu einem Umdenken bewegen.

▪ **Christian Köhler**
Ernst-Becker Str. 12